

Niederschrift

über die 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung am Mittwoch, dem 11.06.2025 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:32 Uhr

Anwesenheit:CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.
Bolte, Rainer **ab TOP 2**
Bontrup, Martin
Danielczyk, Ralf
Willms, Anna Maria (**Vertretung für Anton Holz**) **ab TOP 2**
Klaus, Markus
Schulze Entrup, Antonius **ab TOP 2**
Schulze Esking, Werner
Selhorst, Angelika
Wenning, Thomas, Dr. (**Vorsitzender**)

SPD-Kreistagsfraktion

Bukelis-Graudenz, Tanja
Mensmann, Ludger **s.B.**
Postruschnik, Anja **s.B. (Vertretung für Willi Knuhr)**
Seiwert, Franz Dieter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Möllenkamp, Rainer, Dr. **s.B.**
Vogelpohl, Norbert (**Vertretung für Tim Schreiber**)
Mühlenbäumer, Sarah (**Vertretung für Uta Spräner**)

FDP-Kreistagsfraktion

Loest, Sebastian **s.B.**

UWG-Kreistagsfraktion

Hageney, Thomas

Verwaltung

Berning, Nele (**Schriftführerin**)
Bölte, Stefan
Helmich, Ulrich
Hemsing, Sophie
Wermelt, Kai

Gäste

Eder, Thomas (**Abteilungsleiter KPB Coesfeld**)

Der Ausschussvorsitzende Dr. Thomas Wenning eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann folgende Tagesordnung beraten:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Abberufung und Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung
Vorlage: SV-10-1514
- 2 Sicherheitslage im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-1531
- 3 Bericht über das Betriebsjahr 2024 der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst
Vorlage: SV-10-1521
- 4 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Lüdinghausen und dem Kreis Coesfeld über die gemeinsame Ausschreibung der Sammlung und Beförderung von Abfällen
Vorlage: SV-10-1483
- 5 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Im nicht-öffentlichen Teil gab es keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates und keine Anfragen der Ausschussmitglieder.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-1514

Abberufung und Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung

Vorsitzender Dr. Wenning lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Für Frau Pia Witte wird Frau Sophie Hemsing zur Schriftführerin für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung bestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt (17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-1531

Sicherheitslage im Kreis Coesfeld

Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass Ktabg. Holz angeregt habe, die Sicherheitslage im Kreis Coesfeld öffentlich zu machen. Hierzu wurde Herr Eder, Abteilungsleiter der Kreispolizeibehörde Coesfeld, zur Ausschusssitzung eingeladen. Herr Eder trägt zur aktuellen Sicherheits- und Kriminalitätslage im Kreis Coesfeld vor.

Der Vortrag von Herrn Eder folgt der Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Auf Nachfrage von Ktabg. Schulze Eking erläutert Herr Eder, dass Ordnungswidrigkeiten (etwa im Verkehrsbereich) nicht in der präsentierten Straftatenstatistik enthalten seien.

Ergänzend zum Foliensatz der Präsentation trägt Herr Eder Folgendes vor:

Beim Vergleich der Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner weise der Kreis Coesfeld die niedrigste Rate im Münsterland auf.

Die Kriminalitätsstatistik im Kreis Coesfeld zeige bedauerlicherweise eine deutliche Zunahme der Wohnungseinbrüche. Diese könnten kaum durch polizeiliche Maßnahmen bekämpft werden, da Täter häufig aus dem Ausland kämen. Eigentümer seien daher aufgerufen, in den Schutz ihrer Immobilie zu investieren. Seitens der Kreispolizei würden entsprechende Beratungsleistungen angeboten.

Im Bereich der Körperverletzungen sei ein zwischenzeitlicher Rückgang vor allem auf die Einschränkungen während der Corona-Pandemie zurückzuführen. Die Delikte gegen Polizeivollzugsbeamte nähmen zu. Im Dienstalltag sei eine Zunahme der Respektlosigkeit und ein vermehrtes Widersetzen gegen Polizeimaßnahmen zu beobachten. Auch der Rettungsdienst sei hiervon betroffen.

Im Bereich der Sexualstraftaten handele es sich oft um Partnerschaftsdelikte, Angriffe auf fremde Personen seien die Ausnahme.

Die Verhinderung von Fahrraddiebstahl sei durch die Kreispolizeibehörde als Behördenziel für ein gezieltes Vorgehen ausgesucht worden, da eine hohe Fallzahl in diesem Bereich das Vertrauen des

Einzelnen in den Staat erodieren und die Mobilitätswende erschweren könne. Es werde angenommen, dass es eine hohe Dunkelziffer nicht gemeldeter Fälle gebe. Aufgrund der Verbreitung von E-Bikes steige auch der entstandene Schaden. Die Kreispolizei führe Aktionstage durch, bei denen gezielt Radfahrende angehalten und die Rahmennummern der Fahrräder kontrolliert würden. Es könnten einzelne Erfolge bei gewerbsmäßigen Diebstählen verzeichnet werden. Als zunehmendes Problem erweise sich der Einsatz einer Akkuflex bei den Diebstählen, da die meisten Fahrradschlösser dieser nicht standhalten könnten.

Taschendiebstähle würden häufig von osteuropäischen Tätergruppen begangen, die für die Diebstähle aus anderen Orten in Deutschland anreisen und nach Durchführung der Tat wieder abreisten. Die Taten seien entsprechend schwer aufzuklären. Häufig komme es zu Nachfolgedelikten mit erbeuteten Karten.

Bei Straftaten zum Nachteil älterer Menschen mit überregional handelnden Tätern („Enkeltrick“) werde von einer hohen Dunkelziffer von versuchten Taten ausgegangen. Die Tätergruppierungen hätten ihren Sitz häufig in der Türkei und betrieben von dort Callcenter. Für die Durchführung der Taten vor Ort würden häufig Kleinkriminelle angeheuert. Bei der Aufklärung der Taten gelinge es daher nur gelegentlich, die Callcenter im Ausland zu ermitteln.

Die Zahl der Rauschgiftverfahren sinke aufgrund der Legalisierung von Cannabis. Da der Konsum nicht mehr strafbar ist, entfalle jedoch für die Polizei der Informationsweg über die Vernehmung der Konsumenten. Vor kurzem sei der Polizei durch einen Scheinkauf die Festnahme von Kokain-Händlern gelungen.

Der Minister habe die Bekämpfung von Kinderpornografie zu einem Schwerpunkt erklärt. Der Kreispolizeibehörde stünden hierfür sieben Mitarbeiter zur Verfügung. In diesem Bereich seien allerdings enorme Mengen Daten auszuwerten. Das National Center für Missing Children in den USA durchforste gezielt das Internet nach entsprechenden Hinweisen und melde etwaige Funde dann den zuständigen Behörden in Deutschland.

Im Bereich der Messerkriminalität gebe es seit Herbst letzten Jahres eine neue Ermächtigungsgrundlage im Waffengesetz. Nunmehr könnten bei Veranstaltungen auch verdachtsunabhängig Personen durchsucht werden. Bisher habe die Kreispolizei bei verschiedenen Volksfesten und Veranstaltungen im Kreis davon Gebrauch gemacht, es sei jedoch bisher kein Messer gefunden worden. Im Kreis Coesfeld sei insgesamt bisher kein Messerproblem erkennbar.

Aufgrund der vielen Überlandstraßen und der damit verbundenen hohen Geschwindigkeit gingen viele Unfälle nicht gut aus. Es werde vermutet, dass allerdings vielen Motorradfahrern durch schwerpunktmäßige Geschwindigkeitsüberwachung das Leben gerettet werden konnte. Es werde zukünftig ein Anstieg der Unfälle mit Beteiligung von Fahrrad und Pedelec, insbesondere bei älteren Verkehrsteilnehmern, erwartet, obwohl die Zahlen aktuell unauffällig seien. Die Polizei rate zu einem Fahrsicherheitstraining sowie dem Tragen eines Helms.

Für die übrigen Inhalte des Vortrags wird auf die Präsentation verwiesen.

Ktabg. Seiwert erkundigt sich, ob die Polizei auch KI bei der Auswertung der Daten im Bereich Kinderpornografie nutze.

Herr Eder führt aus, dass KI zwar bereits eingesetzt werde, diese aber bisher nur für eine Vorauswahl genutzt werde und um bereits bekannte Bilder herauszufiltern. Dennoch sei viel händische Arbeit erforderlich, insbesondere, um auch den Bildhintergrund nach verwendbaren Informationen auszuwerten, die auf bestimmte Orte oder Verbindungen hinweisen könnten.

Vorsitzender Dr. Wenning macht auf die Belastung für die Mitarbeiter aufmerksam, die das Bildmaterial anschauen müssen.

S.B. Dr. Möllenkamp erfragt, ob es Vorkehrungen gegen Unfallschwerpunkte an Schulen gebe.

Herr Eder erläutert, dass es ganzjährige Aktionen mit einem Schwerpunkt zum Schuljahresbeginn gebe. Es erfolge eine Schulwegsicherung durch Polizisten mit besonderem Augenmerk auf Elterntaxis. Er betonte jedoch, dass den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten (etwa Einrichten von Kurzparkzonen) zur Verfügung stünden als der Polizei.

Ktabg. Dr. Allendorf erkundigt sich, warum es im Bereich der Wohnungseinbrüche zu einem Anstieg der Fallzahlen und gleichzeitig zu einer Abnahme der Aufklärungsquote gekommen sei.

Herr Eder betont, dass die Aufklärungsquote landesweite Spitze sei, was hauptsächlich an einer guten Spurensicherung und der Auswertung von Wischspuren liege.

S.B. Postruschnik erkundigt sich, ob Senioren bei Autounfällen auffällig häufig vertreten seien.

Herr Eder erläutert, dass Senioren im Kreisgebiet bei schweren Unfällen nicht auffällig häufig vertreten seien. Das Land NRW plane, einen standardisierten Fahreignungstest einzuführen, mit dem geschulte Polizeibeamte noch am Unfallort eine Ersteinschätzung hinsichtlich der Fahrtüchtigkeit vornehmen können. Persönlich würde Herr Eder eine freiwillige Fahrt mit einem Fahrschullehrer mit anschließender Rückmeldung (ohne Weiterleitung an Behörden) bevorzugen. Einige Schwierigkeiten ließen sich durch angepasstes Verhalten (keine Nachtfahrten, nur Fahrten auf bekannten Strecken) kompensieren.

Vorsitzender Dr. Wenning dankt Herrn Eder für den Vortrag und schlägt ein regelmäßiges Wiederaufgreifen etwa im 2-Jahres-Rhythmus vor.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-1521

Bericht über das Betriebsjahr 2024 der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst

Dezernent Helmich führt aus, dass im Betriebsjahr 2024 ein positives Betriebsergebnis erzielt worden sei. Dies habe unter anderem daran gelegen, dass die Personalkosten geringer ausgefallen seien als ursprünglich kalkuliert. Zudem habe es mehr Einsätze gegeben als erwartet, wodurch zusätzliche Einnahmen durch Gebühren erzielt worden seien. Der erzielte Überschuss werde im kommenden Jahr in die Gebührenkalkulation einfließen, was sich möglicherweise günstig auf die Gebührensätze auswirken könne. Die konkreten Gebührensätze für das nächste Jahr würden jedoch erst Ende des Jahres vorliegen.

Ktabg. Bukelis-Graudenz erkundigt sich nach der aktuellen Personalsituation sowie nach der Finanzierung des Führerscheins, der für das Führen der Rettungsfahrzeuge erforderlich sei.

Dezernent Helmich erläutert, dass während der Ausbildung ein gewöhnlicher PKW-Führerschein ausreiche. Um die Rettungsfahrzeuge nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung führen zu dürfen, würden die Kosten für den entsprechenden Führerschein einkalkuliert. Dies geschehe unter anderem auch mit dem Ziel, Fachkräfte zu gewinnen.

Auf Nachfrage von Ktabg. Bukelis-Graudenz teilt Dezernent Helmich mit, dass derzeit alle

Ausbildungsplätze belegt seien. Es handle sich jedoch um einen Arbeitnehmermarkt, sodass es wichtig wäre, Fachkräfte zu halten.

Ktabg. Selhorst erkundigt sich, weshalb die Zahl der Einsätze des Rettungsdienstes in den Jahren 2021 bis 2024 um etwa 4.000 gestiegen sei, während die Anzahl der durchgeführten Krankentransporte nur geringfügig zugenommen habe.

Dezernent Helmich bringt vor, dass in einigen Fällen auch ein Rettungswagen (RTW) für einen Krankentransport genutzt werde. Ebenso werde in seltenen Fällen ein RTW durch einen Krankentransport ersetzt, sofern kein RTW zur Verfügung stehe.

Insgesamt sei bundesweit eine Steigerung der Einsatzzahlen erkennbar, die jedoch nicht eindeutig erklärbar sei. Die Bereitschaft, einen RTW zu rufen, habe im Vergleich zu früher zugenommen. Dennoch informiere sich die Leitstelle bei jedem Anruf zunächst über die jeweilige Situation, bevor ein RTW disponiert werde.

Ktabg. Bukelis-Graudenz ergänzt, dass Karl-Josef Laumann bereits thematisiert habe, dass sobald der Rettungsdienst gerufen werde, dieser auch zum Krankenhaus fahren müsse, da andernfalls keine Abrechnung mit der Krankenkasse möglich sei. In diesem Zusammenhang könnten die Gemeinde-Notfallsanitäter hilfreich sein.

Dezernent Helmich erklärt, dass die Gemeinde-Notfallsanitäter aktuell nicht über die rettungsdienstlichen Gebühren abgerechnet werden könnten. Die Einführung der Gemeinde-Notfallsanitäter würde weitere Personal- und Sachressourcen in Anspruch nehmen.

Ktabg. Bukelis-Graudenz erkundigt sich, ob es keine Bereitschaft der Krankenkassen gebe, hierfür Gelder zur Verfügung zu stellen.

Dezernent Helmich ergänzt, dass für die Gemeinde-Notfallsanitäter keine Gelder zur Verfügung stünden und es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handeln würde.

Auf Nachfrage von Ktabg. Schulze Esking erläutert Dezernent Helmich, dass keine Zahlen über Fehleinsätze verfügbar seien. Dennoch gebe es auch Einsätze, bei denen kein Transport notwendig gewesen sei, weil keine medizinische Versorgung erforderlich gewesen sei oder Bürger sich gegen einen Transport gewehrt hätten.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich für die Ausführungen. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-1483

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Lüdinghausen und dem Kreis Coesfeld über die gemeinsame Ausschreibung der Sammlung und Beförderung von Abfällen

Vorsitzender Dr. Wenning lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Lüdinghausen und dem Kreis Coesfeld über die gemeinsame Ausschreibung der Sammlung und Beförderung von Abfällen wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt (20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 5 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Sachstandsbericht zur Ersthelfer-App Corhelper

Dezernent Helmich teilt mit, dass bereits 112 Einsätze über die Ersthelfer-App Corhelper angenommen worden seien. Dies stelle für den noch relativ kurzen Betriebszeitraum der App eine gute Erfolgsquote dar. Häufig seien die Ersthelfer schneller am Einsatzort als der Rettungsdienst, da sie sich in der Nähe aufhielten. Insgesamt könne festgehalten werden, dass die App als hilfreich zu bewerten sei. Dezernent Helmich spricht an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Helferinnen und Helfern aus.

Die Mitteilungsvorlage wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bildungspartnerschaft zwischen WBC und EGW – Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Umweltbildung in der Kreislaufwirtschaft

Dezernent Helmich teilt mit, dass die Kooperationsvereinbarung mit der EGW etwas länger gedauert habe, sich jedoch nun auf einem guten Weg befinde. In der nächsten Aufsichtsratssitzung der WBC am 23.06.2025 solle die Kooperationsvereinbarung beschlossen werden. Die Mitteilungsvorlage werde der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich für die Ausführungen und ergänzt, dass in den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung weiterhin über den aktuellen Sachstand informiert werde.

TOP 6 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Keine

Vorsitzender Dr. Wenning schließt die Sitzung um 17:32 Uhr.

Dr. Wenning
Vorsitzender

Berning
Schriftführerin